

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenspreis: Die Abonnentenpreise für Anzeigen sind für den Monat 20 Goldmarken, für den halbjährigen 100 Goldmarken, für den jährlichen 180 Goldmarken. Einmalige Anzeigen 10 Goldmarken, tägliche 20 Goldmarken.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Rote Post Leipzig Nr. 1048

Nr. 11

Donnerstag, den 14. Januar 1926

21. Jahrgang

Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 13. Januar. Der Reichspräsident hat Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt, nachdem sich die Unmöglichkeit herausgestellt hatte, die große Koalition zu bilden.

Der Fraktionsberatung der Sozialdemokratie war eine Sitzung des Fraktionsvorstandes vorausgegangen. Der Vorstand ist zu der Auffassung gelangt, daß man bei dem ablehnenden Beschluß vom Dezember verharren müsse. Um 6 Uhr nachmittags trat die Gesamtkonferenz unter dem Vorsitz vom Abgeordneten Müller-Franken zusammen. Zur Stunde dauert die Aussprache im Fraktionszimmer, an der sich außer dem Abgeordneten Müller-Franken, Reichspräsident Lohse, Dr. Hilferding und auch der preussische Ministerpräsident Otto Braun und Innenminister Severing beteiligten, noch fort.

Ungewissheit ist die Stimmung für den Eintritt in die Große Koalition geworden.

Über das Endergebnis der Fraktionsberatung wird aller Voraussicht nach leider nur eine Bestätigung des Beschlusses vom Dezember sein.

Mit diesem zweiten Nein hat man gestern Abend im Reichstage auch in jenen Kreisen gerechnet, die sich um die Große Koalition heiß bemühen. Als Folge dieser Haltung der Sozialdemokratie steht man für Donnerstag die

Wiederbetragung Dr. Luthers voraus, zu der der Reichspräsident entschlossen zu sein scheint, wenn die Abgeordneten Dr. Koch und Fehrenbach ihn über das Scheitern ihrer erneuten Verhandlungen mit den Sozialdemokraten unterrichten.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth sprach gestern Abend in Bremen in einer Veranstaltung des Republikanischen Reichsbundes vor etwa 3000 Personen über die politische Lage. Er richtete einen dringlichen Appell an die Freunde der deutschen Republik, insbesondere an das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten, dafür Sorge zu tragen, daß ohne weiteren Verzug wieder eine Regierung zustandekomme, gebildet aus Republikanern. Wirth schloß seine zweistündige Rede mit den Worten: Die deutsche Republik wird eine soziale sein, sie wird eine freiheitliche sein, sie wird der Welt dienen, wenn wir es wollen. So Gott will, einem freien, wieder glücklichen Vaterlande entgegen!

Die Versammlung, in der der gebildete Mittelstand sehr stark vertreten war, folgte den Ausführungen Dr. Wirths mit großem Interesse und spendete am Schluß lebhaften, langanhaltenden Beifall.

Pressstimmen zum 'Nein' der Sozialdemokratie.

Berlin, den 13. Jan. Zu dem endgültigen Scheitern der Bildung der großen Koalition bemerkten die Blätter, daß nunmehr der Beauftragung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Luther mit der Kabinettsbildung nichts mehr im Wege stehe. Ueber die Haltung der Deutschnationalen gegenüber einem von Dr. Luther zu bildenden Kabinett der Mitte, das mit wechselnden Mehrheiten regieren müßte, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, da die Sozialdemokraten so wenig Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben, beschreibe man den Weg der sachlichen Arbeit zur Wahrung des Volkswohles, dann hat die Rechte keinen Anlaß zu grundsätzlicher Opposition. Als erste und vornehmste Aufgabe des Kabinetts bezeichnet das genannte Blatt den Versuch, die auf den Klagen

brennende Not einer verfallenden Wirtschaft, wobei das Parteipolitische zu schweigen habe, und nur die Rücksicht auf das Allgemeine in Betracht komme, zu befeitigen. Zur Lösung dieser Aufgabe komme nur eine Regierung in Betracht, die von Parteifesseln möglichst wenig beengt sei und gegebenenfalls sogar den Willen und die Kraft habe, diktatorisch vorzugehen. Deutsche Zeitung und Kreuzzeitung halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, in die im Lager des Zentrums laut gewordenen Drohungen über Rückwirkungen der Lage im Reich und Preußen in die Tat umgesetzt werden. Die Tägliche Rundschau verwahrt sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei das Scheitern der großen Koalition verursacht habe. Die ersten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie seien nicht an der D. V. P. gescheitert, sondern daran, daß der demokratische Abgeordnete Koch keine Möglichkeit sah, die Programmforderungen der Sozialdemokratie in die von ihm aufgestellten Regierungsrichtlinien aufzunehmen. In der Germania heißt es, daß die Sozialdemokratie in erster Linie für alle Folgen des Nichtzustandekommens einer Mehrheitsregierung haftbar zu machen sei. Zu der Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte durch Dr. Luther sagt das Blatt: Die Rechte betrachtet offenbar eine solche Regierung als Vorläuferin einer Reichsregierung und im Geiste sieht sie die leeren Sesseln der Deutschnationalen Minister schon wieder mit ihren Leuten besetzt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Zentrum der Wegbereiter für eine solche Entwicklung sein könnte. Ferner wird es zu verhindern suchen, daß sich die parlamentarische Krise zu einer Krise des Parlaments erweitere. Das Berliner Tageblatt schreibt zu der sozialdemokratischen Abgabe, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Staatsinteresse dem ungeschmäleren Parteibestand geopfert habe. Die Volkische Zeitung, die die Ablehnung der großen Koalition einen der bösen Fehler nennt, den die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gemacht habe, teilt mit, daß der ablehnende Beschluß mit 87 gegen 33 Stimmen gefaßt wurde. Der Vorwärts schreibt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die kommende Regierung nach ihren Taten beurteilen. Eine Minderheitsregierung bleibt im Anse, solange sich keine Mehrheit findet, die sie stützt. Kann dann diese Mehrheit keine Regierung bilden, so bleibt der Ausweg des Appells an das Volk.

Ueber die Haltung der Sozialdemokratie schreibt die Post: „Diese Haltung zeigt sehr deutlich, daß für eine ganze Reihe gewichtiger Persönlichkeiten in der Sozialdemokratie die reine Parteiauffassung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Aber selbst diese parteimäßige Einstellung kann nicht einmal vor der Kritik der praktischen Vernunft bestehen. Keine Oppositionsstellung kann sie davon retten, daß in diesem Winter des Mißvergnügens die Kommunisten Geschäfte machen werden. Denn so „radikal“ wie die Kommunisten kann die Sozialdemokratie niemals sein. Und würde sie es auf diesem Wege versuchen, es ist sicher, daß eine große Zahl besonnener und vernünftiger Anhänger ihr den Rücken wenden würde.“

Nun könnte man die Taktik der Sozialdemokratie noch verstehen, wenn sie berechtigt wäre, sich einen revolutionären Mut und die Stärke einer kämpferischen Geschlossenheit zuzunauen, die sie in Wirklichkeit nicht besitzt. Eine radikale, revolutionäre, für den äußersten Fall vorbereitete Partei könnte bewußt darauf ausgehen, die „bürgerlichen“ Kabinette sich abwirtschaften zu lassen. Ihr dürfte jede Rechtschwendung der deutschen Politik recht sein, weil sie gerade gegenüber einer etwa drohenden Diktaturgefahr zum entscheidenden Schlag ausfallen könnte. Aber will die Sozialdemokratie etwa behaupten, daß sie über solche revolutionäre Kräfte verfügt?

Wiederzusammentritt des Reichstags.

Berlin, 12. Januar. Der Reichstag trat heute nach den Weihnachtstagen wieder zusammen. Das Haus nahm in allen drei Sprachen ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Haiti über die Aufhebung des Ausgleichsverfahrens an.

Abänderung des französischen Wahlsystems.

Die „Eve Nouvelle“ teilt mit, die Regierung werde vom Parlament verlangen, daß das gegenwärtige Wahlsystem abgeändert werde, und daß die Einer-Wahlen, d. h. die Kronbesetzungsstellen wieder eingeführt werden. Ministerpräsident Briand werde aus diesem Anlaß die Vertrauensfrage stellen.

Eine portugiesische Kommission für Kolonialfragen.

Lissabon, 12. Januar. Die portugiesische Regierung ernannte eine technische Kommission, um eine Antwort auf den Vortragsvorschlag des Vord Cecil an den Völkerverbund über Kolonialfragen ausgearbeitet.

Die finanzielle Unterstützung der Führer der Schwarzen Reichswehr.

Berlin, 12. Januar. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten ergab sich aus einer polizeilichen Untersuchung, daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Meier, Gewerkschaftsleiter im Zentralverband der Landarbeiter, den Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände v. Zengen im Mai 1925 um ein Darlehen zur Unterstützung des der Ansetzung zu Fememorden verdächtigen Oberleutnant a. D. Schulz bat, der nach Auflösung der „Schwarzen Reichswehr“ zusammen mit Feldwebel Klapproth beim Zentralverband beschäftigt wurde. Zengen lehnte damals ab. Anfang Juni 1925 fanden neue Verhandlungen zur Gewährung eines Darlehens an den Zentralverband der Landarbeiter statt, an denen v. Zengen, Dr. Meisinger von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Landtagsabgeordnete Meier, der Reichstagsabgeordnete Behrens und Gerichtsassessor a. D. Maletke vom Zentralverband der Landarbeiter teilnahmen. Der Zentralverband erhielt 5000 Mark. Dieses Darlehen wurde in den Büchern der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände auf 1 Mark ausgebucht und erst nach den Presseangriffen Anfang 1925 trotz der inzwischen erfolgten Ausbuchung vom Zentralverband zurückgezahlt. Es wurde zur Unterstützung des Oberleutnants a. D. Schulz verwendet. Es ist noch nicht festgestellt, welcher Art diese Unterstützung war. Die Beteiligten behaupten, es sei nur zur Gewährung persönlicher Vergünstigungen für Schulz, der seit April 1925 in Haft ist, und zur Bestellung eines Verteidigers verwendet worden. Ob die bei der Hergabe des Geldes an den Zentralverband beteiligten Herren der Arbeitgebervereinigung wußten, daß das Geld zur Unterstützung des Schulz verwendet werden sollte, ist nur bezüglich des Herrn v. Zengen wahrscheinlich. Zengen selbst bestreitet, den Zweck des Darlehens gekannt zu haben.

Der Leiter der Vereinigung Geheimrat Ernst von Borlig hat nach seiner Versicherung von der Hergabe des Geldes erst durch die Presseangriffe erfahren. Er erklärt, die Vereinigung, wie auch er selbst hätten niemals eine Unterstützung des Oberleutnants a. D. Schulz gewünscht noch jemals gebilligt.

Das Ergebnis der polizeilichen Vernehmungen wurde an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter gegeben.

Die Fürstenabfindung im Rechtsausschuß des Reichstags.

„Beträge an die Bank von England überweisen!“ Berlin, 12. Januar. Der Rechtsausschuß des Reichstages wandte sich heute der Auseinandersetzung der großherzoglichen Familie in Mecklenburg-Strelitz zu. Der Vertreter der Mecklenburgischen Regierung, Minister Justiz, wies auf die besonderen Schwierigkeiten hin, da nach dem Selbstmord des letzten Herzogs 1918 die Thronfolgefrage ganz ungeklärt war. Im ganzen habe die großherzogliche Familie erhalten als Barabfindung in Effekten etwa 30 Millionen und 10 000 Morgen des wertvollsten Grundbesitzes im Werte von etwa vier Goldmillionen. Dazu sei der Familie der Besitz der wertvollsten Silber- und Silberschätze geblieben. Neuerdings habe die großherzogliche Familie neue Ansprüche gestellt. Sie verlange rund 5,2 Millionen. Diese Ansprüche könnten auf die abgeschlossenen Beträge nicht gestützt werden. Aufwertungsansprüche kämen auch nicht in Frage, denn die Abfindungsbeträge seien in wertbeständigen Sachwerten bezahlt worden. Auf eine Anfrage bestätigte der Minister, daß die großherzogliche Familie die Niederlegung der ihr zu zahlenden Beträge bei der Bank von England verlangt habe. Nach Abschluß der Darlegungen über die Vermögensauseinandersetzungen in Mecklenburg-Strelitz wurde Baden verhandelt. Ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern berichtete darüber. Der Anspruch des Großherzogs ist durch Zuweisung eines Kapitals von 8 Millionen Mark abgelehnt worden. Durch den Währungsverfall haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des vormaligen badischen Fürstenhauses verschlechtert. Deshalb ist das vormals große, zögliche Haus im Laufe des Jahres 1924 wegen entsprechender Aufwertung der Abfindungssumme vorzeitig geworden. Die Verhandlungen hierüber werden wahrscheinlich durch eine freiwillige gegenseitige Vereinbarung ihre Erledigung finden. Einen Aufwertungsanspruch für die in Schuldverschreibungen getilgte Kapitalsumme kann die badische Regierung nicht anerkennen.

Keine Verschiebung des vorbereitenden Ausschusses für Abrüstung.

Genf, 12. Januar. Dem Generalsekretär des Völkerbundes ist ein Besuch im Verfolgung des Zeitpunktes des Zusammentritts des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz bis zur Stunde nicht bekanntgegeben.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 1. Januar 1926.

Berlin, 12. Januar. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1 060 997 auf 1 486 981 gestiegen. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 820 022, die Zahl der weiblichen 180 879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwa 40 Prozent.

Politische Zusammenstöße in Duisburg.

Duisburg, 12. Januar. Zu politischen Zusammenstößen kam es am Sonntag Abend zwischen Jungmannschaften des Stahlhüttenbundes und roten Frontkämpfern. Anlässlich einer Feier, bei der General Diefenbach eine Fahne des Stahlhüttenbundes weihte, entstand eine größere Schlägerei in der Weststraße, an der sich etwa 200 Personen beteiligten. Binnen kurzem gab es eine ganze Anzahl Verwundeter, deren Verletzungen von Stochblenden und Gummiknüppeln herührten. Ein Anhänger einer Rechtsorganisation wurde ins Krankenhaus gebracht. Nach kurzer Zeit war die Straße gesperrt.